

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1265

Organ für das werktätige Volk

Verlagsanstalt: Gebr. Ullrich, Dresden
und Schönlische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis: einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Das Volk und sein“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Normalzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-
bote 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 249

Dresden, Sonnabend den 24. Oktober 1925

36. Jahrg.

Regierungskrise?

Politische Kinderstube — Das „Unannehmbar“ der deutschnationalen Landesvorstehenden — Vor einer Reichstagsauflösung

Ein wahrhaft köstliches Schauspiel bietet sich jetzt der Welt dar. Deutschland gewährt wieder einmal das Bild einer politischen Kinderstube. In aller Öffentlichkeit kreiert man sich darüber herum, was eine hohe Reichsregierung beschlossen hat und was nicht. Die deutschnationalen wollen es nicht zugeben, daß die Reichsregierung einseitig die Herren Schiele, Schlieben und Reuhaus sich für die Annahme des Vertrages von Locarno ausgesprochen hat, und suchen diese Tatsache durch vieles Gerede aus der Welt zu wischen. Ihnen ist der Locarno-Vertrag um einmal fürchterlich fatal, entspricht er doch ganz und gar nicht der Sorte Politik, die seit Jahr und Tag die deutschnationalen dem Volke anpreisen. Die Forderungen, die die deutschnationalen heute gestellt haben, damit die sogenannte „Ehre“ des deutschen Volkes gerettet werde, sind nicht erfüllt. Wir haben für jeden Verdrach, mit dem man im deutschnationalen Lager herumhantiert, verdammt wenig übrig. Korpsführer und Reichsleitungsleute mögen sich ihrer sogenannten „Ehre“ wegen um Schiedel gerhanen oder sich gegenseitig Pfistolenkugeln in den höchsten Hals schießen, für die Wähler ist die sogenannte Reichspolitik fast stets an Unheil geknüpft. Wo es um das Schicksal eines kriegsgegründeten Volkes handelt, muß nichtern und endlich geklärt werden, durch welche Maßnahmen diesem Volke ein feiner Not zu helfen ist, und alles Gerede von Prestige und Ehre ist überflüssiger Schwatz.

Es wäre weit gefehlt, in dem Vertrag von Locarno eine Erlösung von aller Uebel zu sehen. Niemand kann wissen, ob bei einem ernsthaften Konflikt das komplizierte Vertragswerk den rauen Stämmen der Wirklichkeit standhält. Aber was wäre dem deutschen Volke mit der Abwicklung des Vertrages gemeint? Wenn es heute noch nicht über ist, daß die Kaiser-Jone geräumt wird, sicher wäre es, daß sie in nächster Zeit nicht geräumt würde, wenn der Reichstag den Vertrag von Locarno ablehnte. Die Wirkung würde eine Verhärtung der Stimmung zwischen Deutschland und den Westmächten, und nur allzu leicht auch eine wirtschaftliche Schwerezeit, unter denen das deutsche Volk schwer zu leiden hätte.

Der Widerstand der Deutschnationalen hat vor allen Dingen innerpolitische Gründe. Sie haben Jahre hindurch von der Seite gegen die Erfüllungspolitik gelebt, und die Geister, die sie riefen, die werden sie nicht mehr los. In einer Versammlung der deutschnationalen Landesvorstehenden wurde der Vertrag von Locarno als unannehmbar bezeichnet. Der deutschnationale See rost also, und die Schiele, Westorp und Bergt müssen Blut schwitzen.

Wie die deutschnationale Fraktion sich den Beschlüssen ihrer Landesvorstehenden fügt? Wie sie es macht, wird sie sich selbst machen. Stimmt die deutschnationale Fraktion trotz allem Radon im Lande für den Vertrag, so kann es den Herren Abgeordneten schlecht ergehen. Bei den nächsten Wahlen würden nicht allzuvielen von ihnen wiedererfahren. Stimmt, weil das Volk möglicherweise überhaupt kein starkes Bedürfnis mehr haben wird, recht viel Deutschnationale in das Reichsparlament zu entsenden und außerdem wird so mancher von den eigenen Leuten abgesetzt werden. Stimmt aber die deutschnationale Fraktion gegen den Vertrag, dann sind Regierungskrise und Reichstagsauflösung unvermeidlich. Sozialdemokraten und Demokraten haben deutlich genug erklärt, daß sie den Deutschnationalen nicht etwa durch aus der Patsche helfen werden, daß sie für den Vertrag stimmen. Die Deutschnationalen werden sich nicht den Vorwürfen leisten können, den Vertrag ihrer Regierung abzulehnen, weil ihn die in Opposition zu dieser Regierung stehenden Parteien annehmen.

Es wäre wahrlich höchste Zeit, daß dieser Reichstag, der eine Regierung Lulher-Schiele-Reuhaus erträgt, eines feilen Todes sterbe. Das Volk mag dann darüber entscheiden, ob es sich eine Regierung gefallen lassen will, die Deutschland zum Gespielt der Welt macht, weil eine der Regierungsvorgänger aus Zucht vor den eigenen wilden Männern die Beschlüsse ihrer Regierung abscheuen und umzusetzen nicht will. Natürlich, wenn es irgend geht, werden die Deutschnationalen um Reichstagswahlen im gegenwärtigen Moment herumkommen. Sie hätten auch allen Grund dazu. Stimmt es doch recht traurig um das deutsche Volk bestellt, wenn es nicht bei den Wahlen recht deutlich zum Ausdruck brächte, daß es die infolge der allseitigen Mitwirkung der Deutschnationalen herrschende Regierungskonfusion recht gründlich soll hat.

„Unannehmbar“

Berlin, 24. Oktober. (Eig. Amtspruch.)

Am Samstag zu den deutschnationalen Ministern und der deutschnationalen Reichstagsfraktion haben die Landesverbandsvorstehenden in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Parteivorstand von Locarno nach abschließenden Beratungen den Vertrag von Locarno für unannehmbar erklärt. Die Entscheidung lautet:

In Fortführung der von der deutschnationalen Reichstagsfraktion bereits ergriffenen Initiative erklären der Parteivorstand und die Landesverbandsvorstehenden der

Deutschnationalen Volkspartei: Das nunmehr vorliegende Vertragsergebnis ist für die Partei unannehmbar!

Am Sonntag soll bereits die deutschnationale Reichstagsfraktion über die parlamentarische Auswirkung des vorstehenden Entschlusses entscheiden.

Der umstrittene Kabinettsbeschluss

Was ist Schwindel und was ist Wahrheit

Am Donnerstag gestand der Reichstagspräsident auf eine Frage unseres Genossen Weisbach, daß die Verdrachhaltung des Reichsaussenministers im Ausdrücklichen Ausschuss auf Grund eines einstimmig gefassten Kabinettsbeschlusses erfolgte. Die Tagesliche Rundschau, das Organ des Herrn Stresemann, bestätigte das am Freitag in einer ausführlichen Betrachtung über die politische Lage mit folgenden Worten: „Die Beratungen des Kabinetts sind durch einen Beschluss zu Ende geführt worden, der bisher noch nicht veröffentlicht worden ist, der aber ganz deutlich zu erkennen gibt, daß das Kabinett indessen auf dem Boden dessen steht, was in Locarno erreicht worden ist.“

Entrüstungsurm bei den Deutschnationalen! Wie konnte es das Organ des Herrn Stresemann auch wagen, die deutschnationale Regie zu lären und sie mehr noch, als Lulher es vorsichtig getan hat, als Schwindel zu entlarven? Erhöht schreit die Deutsche Tageszeitung zur Abwehr, um die Wahrheit als Schwindel hinzustellen, den Unfall der deutschnationalen Vertrauensleute im Kabinett zu dementieren und ihn als „Lebensgefahr Schwindel“ zu bezeichnen. Sie begleitet ihre Abwehr mit der Drohung, daß sich die Deutschnationalen den Zustand, sie vor der Öffentlichkeit weiter im wahren Sinne zu schildern, nicht mehr länger gefallen lassen!

Die deutsche Öffentlichkeit erlebt also das Schauspiel, daß sich die beiden eigentlichen Regierungsparteien in einer ent-

scheidenden außenpolitischen Situation in den Haaren liegen und erregt darüber diskutieren: Was ist Schwindel und was ist Wahrheit? Wer ist umgefallen und wer ist nicht umgefallen? Dieser Streit zeigt die gegenwärtige Regierung in ihrer ganzen Größe! Ihre Träger begreifen sich auf Gegenfährigkeit, einer besser als der andre, als Lügner und Betrüger. Es kommt jetzt nur noch darauf an, wer den Ehrenpreis dieser Moral erhält. Herrliche Zeiten!

Laberrenz verkündet ...!

In einer deutschnationalen Wählerversammlung in den Kammerkellern in der Zeltower Straße in Berlin verkündete gestern abend Abg. Laberrenz unter lauten Jubel seiner Anhänger den Beschluss der deutschnationalen Parteileitung. Er erklärte, die Partei und die Reichstagsfraktion (?) würden an diesem Beschluss unbedingt festhalten. Der Reichspräsident sei von ihm bereits offiziell verständigt worden. Laberrenz stellte eine Auflösung des Reichstages in nahe Aussicht.

Man wiegelt ab!

Berlin, 23. Oktober. Zu der heute abend verbreiteten Meldung über die angeblichen Rückwirkungen der Entscheidung des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorstehenden der Deutschnationalen Volkspartei hinsichtlich des Verhandlungsergebnisses von Locarno erfahren wir von dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, daß die maßgebende Entscheidung über diese Frage von der Beschlusfassung der deutschnationalen Reichstagsfraktion abhängt, die erst am Sonntag nachmittags zusammentritt. Alle vor dieser Entscheidung an die heutige Entscheidung geknüpften Schlussfolgerungen entbehren damit der tatsächlichen Grundlage.

Lebekows Beständnisse

Die letzte Karte der militärischen Bankrotteure

Vor dem Münchner Amtsgericht sucht eine Gilde dantrotter Militärs ihre Lust von der Schuld an deutschen Zusammenbruch reinzuwaschen. Der Herausgeber der Süddeutschen Monatshefte, Gohmann, hat unser Münchner Parteiblatt verlagert, weil es diesen Nährvater der Dolchstoßlegende so etwas wie einen Pfälzer von Geschichtsvorgängen genannt hat. Der Prozess geht seit Montag und ist im Grund genommen für jeden urteilsfähigen Menschen deshalb belanglos, weil nur Naive glauben können, daß bei einem Münchner Gericht die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs objektiv zu klären sind. Aber die rechtsprechende Presse macht mit der Sache einen großen Summus und bringt wie eine Offenbarung alles, was dieser oder jener uninformierte Repräsentant der deutschen Kriegspolitik über die „Schuld der deutschen Sozialisten an der Kriegsmüdigkeit von 1918“ von sich gibt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat nie geleugnet, daß sie sich zwischen 1914 und 1918 um eine rasche Beendigung des Krieges durch einen Verständigungsstrieden energisch bemühte. Sie wollte das nicht erreichen durch Weiterere, sondern durch unmittelbare Einwirkung auf die Reichsregierung. Die USP hatte dasselbe Ziel. Auch sie wollte, wie die Wortführer der USP, mehrfach festgestellt haben, nicht den Zusammenbruch Deutschlands, sondern den Frieden, der durch eine offene Erklärung des Verzichts auf Belgien zu erreichen gewesen wäre. Einen Druck in dieser Richtung versuchte eine Erdröpfung der USP, indem sie sich direkt an Teile der Armee und der Marine wandte. Das Ziel war nicht der Zusammenbruch, sondern der Frieden durch Herausgabe Belgiens und aller besetzten Gebiete. Daß dieser Friede, der für Deutschland ein Glück und noch im Frühjahr 1918 zu erlangen gewesen wäre, nicht zustande kam, dankt das deutsche Volk dem Wahnsinn jener Generalkität, die den Eroberungskrieg bis zum Weltkollaps, bis zum endgültigen Zusammenbruch fortführte.

Wie es in den Köpfen dieser militärischen Hofarbeitsausfah, beweisen die Aussagen, die gestern Konteradmiral von Lebekow vor dem Münchner Gericht losließ. Von Lebekow war die rechte Hand des Admirals von Scher und gestand, daß nach der Note Wilsons vom 14. Oktober ein Verzwweiflungsstreich gegen England geplant war. Der Herr Konteradmiral sagte:

Die Seereiseleitung brachte geradezu auf eine Einschaltung der Flotte. Der Chef der Hochseeflotte, Admiral v. Dippel, überbrachte den Befehl der Seereiseleitung: „Hochseeflotte werden zum Angriff und Schlag gegen englische Flotte eingesetzt.“ Zwei Pläne standen zur Verfügung. Der eine richtete sich gegen die Küste von England, der andre gegen den Englischen Kanal mit dem Ziel, die englische Flotte zur Schlacht zu zwingen. Als Termin war der 23. Oktober vorgesehen.

Die Hochseeflotte war inzwischen durch alle in der Heimat noch verfügbaren schwimmenden Streitkräfte der Marine verstärkt worden. Die U-Boote waren bereits vorgeschoben und alle Vorbereitungen waren getroffen. Am 23. Oktober versammelten sich die Hochseeflotte auf der Jade für den Vorstoß. Da ereignete sich auf einigen U-Booten und Kreuzern Ungehöriges in solchem Maße, daß Admiral v. Dippel auf Grund der Meldungen der Geschwaderchefen von dem Auslaufen der Flotte Abstand nahm.

Die Vorbereitungen dieses Konteradmirals waren gewürzt mit Ausfällen gegen den damaligen Reichskanzler, Prinzen Max von Baden, und Herrn v. Bahrer, die als Vertreter der deutschen Regierung und des deutschen Parlamentes keine Lust hatten, noch mehr deutsches Blut und Blut sinnlos zu opfern. Heute ist es wohl nur noch den abgetrennten Größen von ehedem gegeben, so zu tun, als wenn ein solcher letzter Verzweiflungsstreich der deutschen Marine die Niederlage Deutschlands und die Lage auf den Kriegsschauplätzen irgendwie hätte wenden können. Sowohl Bulgarien wie Oesterreich waren zu jener Zeit bereits zusammengebrochen, Italiener, Serben und Tschechen standen bereits im Rücken Deutschlands, und Karl von Habsburg verhandelte schon über seinen Thron mit der Entente. Nur bestimmungslose Bankrotteure von Ludendorffs Gnaden konnten da noch von irgendwelchen militärischen Erfolgen träumen!

Nur nach dem Zusammenbruch hatten die Herren auch Gefühl für das Kindliche der Sache, denn sie ließen durch alle offiziellen Dementiersprüche ablegen, daß man die Marine habe noch einmal auslaufen und operieren wollen. Daß Beständnisse Lebekows in München ist unser Wissen die erste Artfrage, mit der von sachverständiger Seite in amtlichem Verfahren dieser verbrecherische Versuch, das Hofarbeitspiel auf Kosten des deutschen Volkes um eine Galgenfrist zu verlängern, unumwunden zugegeben wurde. Die Matrosen der deutschen Flotte hatten mit ihrem Instinkt also recht, und wenn sie sich dagegen mit einer Meuterei zur Wehr setzten, so handelten sie im Grunde genommen mehr im Interesse der damaligen friedenswilligen Regierung, als Prinz Max von Baden und seine Minister wohl wußten und ahnten.

Aber es ist schlimm für Deutschland, daß eine Bande militärischer Bankrotteure und Falschmünzer sich heute in aller Öffentlichkeit als die aufspielen dürfen, die Deutschland gerettet hätten, wenn — ja wenn — man ihnen nur gestattet hätte, noch einige tausend Matrosen auf den Grund des Meeres zu senken!

Wer im übrigen wissen will, wo schon um 1916 die Kriegsmüdigkeit am tiefsten lag, der frage einmal bei den Bauern herum, an die sozialistische Einflüsse so wenig herantamen wie die Wahrheit an Ludendorffs Kriegs-